

---

Sebastian Conrad

## **„Kulis“ nach Preußen? Mobilität, chinesische Arbeiter und das Deutsche Kaiserreich 1890–1914**

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verließen rund zwölf Millionen Chinesen ihr Heimatland und migrierten als Arbeiter in beinahe sämtliche Regionen der Erde. Chinesen kamen nach Südostasien und Australien, Südafrika und Peru, Kuba, Kanada und die Vereinigten Staaten, schließlich auch nach Europa. Die chinesische Auswanderung war wiederum Teil umfassenderer, weltweiter Wanderungsbewegung. Die Massenmobilität proletarischer Arbeiter gehörte zu den zentralen Kennzeichen der ‚Globalisierung‘ des späten 19. Jahrhunderts.<sup>1</sup>

Die Arbeitsmigration jener Zeit hat in den unterschiedlichsten Regionen chinesische Gemeinden entstehen lassen, die bis heute florieren. In vielen Ländern haben die chinesischen Minderheiten eine wichtige Rolle gespielt; dazu gehörten ihre ökonomischen und merkantilen Aktivitäten.<sup>2</sup> Zugleich leistete ihre Ausgrenzung und politische Marginalisierung in vielen Gesellschaften einen wichtigen Beitrag zur Entstehung nationaler Identitäten. Die Entwicklung des modernen Nationalismus in Australien etwa ist ohne die Stigmatisierung der australischen Chinesen nicht zu verstehen.<sup>3</sup> Schließlich haben die über die Welt verstreuten chinesischen Gemeinschaften neben dem territorial fixierten China ein diasporisches „Greater China“ entstehen lassen und so auch die eindentlichen Zuschreibungen von ‚chinesisch‘ und ‚Chineseness‘ in Frage gestellt.<sup>4</sup>

---

1 Vgl. D. Northrup, *Indentured Labor in the Age of Imperialism, 1834–1922*, Cambridge 1995; vgl. zu dem Gesamtkomplex auch K. J. Bade, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2000; A. Segal, *An Atlas of International Migration*, London 1993.

2 Vgl. M. Godley, *The Mandarin Capitalists from Nanyang. Overseas Chinese Enterprise in the Modernization of China 1893–1911*, Cambridge 1982.

3 Vgl. dazu J. Matthäus, ‚Für alle Zeiten weiß‘. Einwanderungspolitik und nationales Selbstverständnis Australiens im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: *ZfG* 50 (2002), S. 294–315; A. Markus, *Fear and Hatred. Purifying Australia and California 1850–1901*, Sydney 1979; ders., *Australian Race Relations, 1778–1993*, Sydney 1994.

4 Vgl. dazu Wang G., *China and the Chinese Overseas*, Singapur 1991; A. Dirlik, (Hrsg.), *Chinese on the American Frontier*, Lanham 2001; P. Duara, *Nationalists Among Transnationals. Overseas Chinese and the Idea of China, 1900–1911*, in: D. M. Nonini, A. Ong (Hrsg.), *Ungrounded Empires. The Cultural Politics of Modern Chinese Transnationalism*, London 1997, S. 39–60; ders., *Transnationalism and the Predicament of Sovereignty. China 1900–1945*, in: *American Historical Review* 102 (1997), S. 1030–

Überall hinterließ diese Mobilität ihre Spuren, Spuren der unterschiedlichsten Art. Die chinesische Migration betraf allerdings nicht jeden Ort gleichermaßen – und einige Regionen auch nur kaum und am Rande. Im wilhelminischen Deutschland beispielsweise hat es „Kuliarbeit“ nicht gegeben. Die globale Migration chinesischer Arbeiter hat die deutschen Grenzen nicht überschritten. Selbst im Ersten Weltkrieg, als Frankreich und England rund 140.000 Chinesen hinter der Front gegen Deutschland zum Einsatz brachten, verzichtete die wilhelminische Regierung auf die Anwerbung chinesischer Arbeiter.

Man kann die Geschichte aber auch anders erzählen. Das heißt vor allem: anders beginnen, genauer: woanders beginnen. Etwa im preußischen Abgeordnetenhaus, wo der polnische Abgeordnete Szmula im März 1898 die Regierung bat „uns mitzuteilen, ob wir vielleicht Aussicht haben, in Zukunft Chinesen zu bekommen.“ Das stenografische Protokoll verzeichnete daraufhin „Heiterkeit“ unter den Delegierten des hohen Hauses. Szmula sprach *pro domo*, vor allem aber *pro natio*, denn er protestierte – ganz im Sinne der konservativen Gutsbesitzer – gegen die zahlreichen Schwierigkeiten, die der Anwerbung polnischer Saisonarbeiter bereitet wurden. An den ökonomischen Bedürfnissen gingen diese Restriktionen, so Szmula, jedoch vorbei. „Arbeiter müssen wir haben, entweder diese oder jene Sorte; sind es keine Polen oder Russen, werden Sie schließlich Chinesen geben müssen.“ Wieder „Heiterkeit“.<sup>5</sup>

Die Angelegenheit war jedoch ernst. Die preußische Landwirtschaft war spätestens seit 1890 von der regelmäßigen Mitarbeit polnischer Saisonarbeiter abhängig, die zu Hunderttausenden die Grenze überquerten. Die allgemeine Landflucht sowie die Intensivierung der Landwirtschaft und die Zunahme des arbeitsintensiven Hackfruchtbaus hatten in Preußen zu einem Arbeitskräftemangel geführt, der die Frage der Einführung von Saisonarbeitern aus dem Ausland zu einem ständigen und beherrschenden Thema der preußischen Politik machte. Allerdings stieß die Anwerbung polnischer Arbeiter auf politische Hindernisse. Man befürchtete eine Verstärkung des „polnischen Elementes“ in Preußen und dadurch eine Stärkung des polnischen Nationalismus im Lande. Darüber hinaus war die Rede von der „Polonisierung“ der Landwirtschaft, die zu einem kulturellen und nationalen Niedergang führen müsste. Die polnische Einwanderung wurde daher phasenweise ganz verboten, bevor sie unter zahlreichen Auflagen – inklusive des „Rückkehrzwangs“ über die Wintermo-

---

ereignty. China 1900–1945, in: *American Historical Review* 102 (1997), S. 1030–51. Vgl. auch den glänzenden Überblick bei A. McKeown, *Conceptualizing Chinese Diaporas 1842 to 1949*, in: *Journal of Asian Studies* 58 (1999), S. 306–37.

5 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses, 58. Sitzung, 29. 3. 1898, S. 1941.

nate, der eine permanente Ansiedlung verhindern sollte – wieder zugelassen wurde.<sup>6</sup>

Hinter den Befürchtungen einer nationalen Revolution und der „Polonisierung“ stand jedoch eine Angst, die tiefer ging: die Angst aller Kolonialherren, die Angst vor der Assimilation. Das galt in besonderem Maße für die polnischen Einwanderer, die sich in vielen Fällen rasch anpassten: in Sprache, Kultur, Aussehen und Habitus waren sie von der ansässigen Bevölkerung oft nicht mehr zu unterscheiden. Die kurze Karenzzeit im Winter, welche die polnischen Arbeiter in ihre Heimat zurückzwang, wirkte da beinahe wie ein hilfloser Versuch. Gerade bei „völkischer Verwandtschaft mit den Bewohnern der Grenzgebiete“ – zu denken war da an die „starke Heranziehung polnisch sprechender Ausländer“ – konnte von der erhofften „reinen Scheidung“ der Nationalitäten (Bodenstein) keine Rede mehr sein. Der spätere Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung Friedrich Syrup sprach es daher aus: „Bleiben die Ausländer bei großer Anzahl als bewußt erkannte, geschlossene Fremdkörper im Deutschen Reiche bestehen, so ist dies erträglicher, als wenn die Ausländer der deutschen Bevölkerung untermischt werden.“<sup>7</sup>

Geschlossene Fremdkörper – an wen konnte man da denken? Waren es nicht tatsächlich die Chinesen, bei denen sich „nichts von nationaler Amalgamierung“ gezeigt hatte, in welchen Ländern sie auch Arbeit und Aufenthalt nachsuchten? „Fremd kamen sie, fremd blieben sie.“ Das galt – in Zeiten der weltweiten Arbeitsmigration, der Transportrevolution, der Globalisierung – möglicherweise nur noch für die Söhne des Reichs der Mitte. War hier die Lösung zu suchen? Jedenfalls, und beruhigenderweise, war wenigstens „der Chinese“, so wusste ein deutscher Beobachter der australischen Verhältnisse in die Heimat zu berichten, noch „ein Subjekt, das sich ... nie anpaßt.“<sup>8</sup>

### „Die Sehnsucht nach Chinesen“

Anfang des Jahres 1890 forderte dementsprechend der Regierungspräsident in Danzig, v. Heppe, die landwirtschaftlichen Vereine zur Begutachtung der Frage auf, ob sich nicht zur Vermehrung der Arbeitskräfte in Westpreußen die Förderung einer Einwanderung von Chinesen empfehle. Diese Frage sollte

6 Vgl. dazu J. Nichtweiß, *Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890 bis 1914*, Berlin 1959; U. Herbert, *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter*, Bonn 1986.

7 F. Syrup-Stettin, *Die ausländischen Industriearbeiter*, in: *Archiv für exakte Wirtschaftsforschung* 9 (1922), 278-301, Zitat: S. 295f.

8 R. Schenk, *Chinesische Arbeiter und Deutschlands Zukunft*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 30. 1. 1907, 207-209, Zitat: S. 208.

Regierung, Gutsbesitzer und die Öffentlichkeit in den Jahren bis zum Weltkrieg in unterschiedlicher Intensität immer wieder beschäftigen. Eine Reihe von Großgrundbesitzern sprach sich sogleich ausdrücklich für die Anwerbung von Chinesen aus. Schon im Herbst des Vorjahres war auch in Stettin und Greifswald die Forderung nach chinesischen Arbeitern geäußert und an das preußische Landwirtschaftsministerium herangetragen worden. Es wurde sogleich eine Kommission zusammengestellt, die sich mit dem chinesischen Gesandten in Berlin in Verbindung setzte.<sup>9</sup>

Die öffentliche Reaktion auf diese Pläne war beinahe durchgängig ablehnend. Inmitten: Das preußische Landwirtschaftsministerium interessierte sich genug für die Angelegenheit, um beim Generalkonsulat in Batavia einen Bericht über die rechtliche und soziale Situation chinesischer Arbeiter an der Ostküste Sumatras, wo sie von der niederländischen Kolonialregierung angestellt worden waren, in Auftrag zu geben. Im Dezember 1894 dann machte der ostpreußische Gutsbesitzer Schmidt eine Eingabe bei der Regierung und schlug „die Einführung von Chinesen vor, ein nüchterner und fleißiger Volkstamm mit wenigen Bedürfnissen“.<sup>10</sup> Gleichzeitig ging ein Brief nach Peking ab, in dem Schmidt sich erlaubte,

„die kaiserliche Gesandtschaft um Auskunft zu bitten, ob Chinesen für Ostpreußen in Bezug auf Klima und die auszuführenden landwirtschaftlichen Arbeiten ... sich eignen würden“.<sup>11</sup>

Die Anfrage wurde vom Außenministerium Preußens zum Anlass genommen, die Frage des Chinesenimports einmal grundsätzlich zu sondieren. Aus Peking wurde ein ausführlicher Bericht angefordert, der über die Praxis der Auswanderung chinesischer Arbeiter informierte. Im Mittelpunkt standen praktische Fragen des Transports und der Lohnkosten. Das Außenministerium ließ daher verlauten, dass

„unter diesen Umständen ... der Plan einer Überführung ländlicher Arbeiter der chinesischen Rasse nach Ostpreußen keine Aussicht auf Erfolg bieten“

dürfte.<sup>12</sup> Dies blieb in den folgenden zehn Jahren die Haltung der Regierung, wenn die Forderung nach chinesischen Arbeitern periodisch wieder erhoben wurde. In den Jahren 1906 und 1907 häuften sich wieder die Fälle, in denen Gutsbesitzer bei der preußischen Regierung offizielle Anfragen nach

9 Geheimes Staatsarchiv Berlin (fortan: GStA), I. HA, 87 B, Nr. 211, S. 2, 3; GStA, I. HA Rep 77, Tit 922 Nr 2. Vgl. dazu auch Nichtweiß, Saisonarbeiter, S. 38-39. Herbert, Geschichte, S. 23.

10 So Schmidt im Rückblick in der Illustrierten Landwirtschaftlichen Zeitung, 6.1.1897, in: BA Berlin (fortan: BA), R 8034 II, Nr. 5801, S. 52.

11 GStA, I. HA, 87 B, Nr. 211, S. 155.

12 GStA, I. HA, 87 B, Nr. 211, S. 152.

chinesischen und nun bisweilen auch japanischen Arbeitern einreichten. Begründet wurden die Petitionen in der Regel

„mit der allgemeinen Leutenot auf dem Land und der Unzuverlässigkeit der polnischen Saisonarbeiter. Im Gegensatz zu diesen sollen die Chinesen ordentliche, ehrliche Leute sein.“

Zunächst berief man sich im Innenministerium auf den ablehnenden Bescheid aus dem Jahr 1895. Aber „da sich indessen in neuerer Zeit derartige Anträge gemehrt haben“, erbat sich der preußische Innenminister Moltke beim Reichskolonialamt und bei dem für Kiautschou zuständigen Reichsmarineamt „einschlägige weitere Informationen“.<sup>13</sup>

Das Gouvernement in Kiautschou versicherte in seinem Gutachten, „daß die Chinesen sich auf die Landwirtschaft verstehen“ und „ordentliche und ehrliche Leute sind“. Allerdings wies man auf die „nicht unerheblichen Kosten des Transports“ hin, die einer Auswanderung chinesischer Landarbeiter nach Preußen im Wege stehen könnten. In seinem ablehnenden Bescheid teilte der preußische Innenminister im September 1908 daher auch mit, „daß der Einführung chinesischer Arbeiter zwecks Beschäftigung in der Landwirtschaft – abgesehen von allgemeinen Bedenken – auch große praktische, insbesondere finanzielle Schwierigkeiten entgegenstehen würden.“<sup>14</sup>

Mit diesem Erlass war die Diskussion aus der Perspektive von Regierung und Verwaltung vorerst beendet. In der publizistischen Öffentlichkeit wurde über die Vor- und Nachteile von „Kuliarbeit“ weiter lautstark gestritten, aber konkrete Pläne zur Einführung von Arbeitern aus Ostasien kamen in den folgenden Jahren nur noch vereinzelt zum Vorschlag. Trotz langjähriger Diskussionen, welche das Kaiserreich seit den 1890er Jahren begleiteten, blieb die offiziell zugelassene und regierungsamtlich vermittelte Anwerbung von chinesischen Arbeitern Projekt.

## Die Gelbe Gefahr

Es fehlte in diesen Debatten nicht an Stimmen, die für eine Anwerbung chinesischer Arbeiter plädierten. In Zeiten des Kolonialismus und der Kolonialwaren, der langen Handelsketten und sinkenden Transportkosten konnten auch die chinesischen Arbeitskräfte als integraler Bestandteil dieses universalen Tauschmechanismus erscheinen. Der preußische Gutsbesitzer Schmidt, dessen Bittgesuch 1894 die preußische Regierung erstmals zu einer offiziellen Untersuchung der ‚Kulifrage‘ nötigte, brachte diese Vorstellung von der Kommodifizierung der Arbeitskraft auf den Punkt: „Ist es nicht gleich“, fragte

13 GStA, I. HA Rep 77, Tit 922 Nr 2.

14 GStA, I. HA Rep 77, Tit 922 Nr 2.

er, „ob wir dem russisch-polnischen Arbeiter oder dem chinesischen die Löhne zahlen?“ Und nicht nur das:

„Auch unseren Konsumenten würde es wohl gleich sein, durch welche Leute unsere Produkte erzeugt und gewonnen werden.“<sup>15</sup>

Das war vor allem die Sprache der Gutsbesitzer; sie wurden aber bestätigt durch zahlreiche Stellungnahmen aus den Reihen der (teilweise selbsternannten) Chinaexperten, die in der Mehrzahl vom Fleiß und der Ausdauer chinesischer Arbeiter überzeugt waren.

Der größere Teil der Öffentlichkeit und der regierungsamtlichen Stellen in Deutschland nahmen gegenüber der chinesischen Einwanderung jedoch eine ablehnende Haltung ein. Sie stand mit der seit den 1880er Jahren einsetzenden weltweiten Exklusionspolitik gegenüber den Chinesen in engem Zusammenhang. Der Verweis auf die xenophoben Reaktionen und ausschließenden Maßnahmen vor allem in den USA wurden regelmäßig als Argument dafür vorgebracht, das Wagnis des Chinesenimports gar nicht erst einzugehen. „Die drei großen Kolonialstaaten, die mit dem Chinesentum in Berührung gekommen sind, Nordamerika, Australien und Südafrika, haben übelste Erfahrungen damit gemacht und wehren sich jetzt leidenschaftlich“, so formulierte es die Deutsche Volkszeitung 1906, „gegen die gelbe Pest.“<sup>16</sup>

Die antichinesische Politik stand weltweit, und auch in Deutschland, im Kontext der Agitation gegen die „Gelbe Gefahr“.<sup>17</sup> Dieses Schlagwort hatte in Europa vor allem seit den 1890er Jahren Konjunktur, während in den Vereinigten Staaten und Australien die xenophobe Propaganda bereits eine längere Geschichte hatte. Die Furcht vor den Chinesen war zum einen Ausdruck der zunehmenden Verbreitung biologischer und rassistischer Kategorien, die am Ende des 19. Jahrhunderts die Rede vom bevorstehenden „Rassenkampf“ aufgenommen ließ. Darüber hinaus spielte jedoch auch die demografische Dimension und die Furcht vor der Massenmigration, bei der das Phantasma der „Volksmassen des himmlischen Reiches“ beständig reproduziert wurde, eine wichtige Rolle.<sup>18</sup>

15 Illustrierte Landwirtschaftliche Zeitung, 6.1.1897, zitiert nach: BA, R 8034 II, Nr. 4040, S. 52.

16 Zitiert nach BA, R 8034 II, Nr. 4049.

17 Vgl. allgemein zur Geschichte dieses Begriffs H. Goltwitzer, Die Gelbe Gefahr. Geschichte eines Schlagworts. Studien zum imperialistischen Denken, Göttingen 1962; U. Mehnert, Deutschland, Amerika und die 'Gelbe Gefahr'. Zur Karriere eines Schlagworts in der Großen Politik, 1905–1917, Stuttgart 1995. Zur Entstehung der Vorstellung von der ‚gelben Rasse‘ siehe W. Demel, Wie die Chinesen gelb wurden. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Rassentheorien, in: HZ 255 (1992), S. 625–66.

18 Vgl. zu den Stereotypen der deutschen Chinawahrnehmung M. Leutner, Deutsche Vorstellungen über China und Chinesen und über die Rolle der Deutschen in China, 1890–

Die zentrale Dimension dieser Furcht vor der chinesischen Mobilität, die immer wieder in Metaphern der Woge, der Welle oder der Flut umschrieben wurde, war die Arbeit. Chinesische Arbeiter drohten Europa geradezu zu überschwemmen; Deutschland stehe eine „Überflutung mit ‘Arbeit’“ bevor, wie Franz Hitze mutmaßte.<sup>19</sup> In diesen Szenarien vermischten sich ökonomische Motive mit demografischen und kulturellen Stereotypen. Der „Wettbewerb weißer und gelber Arbeit“, den Alexander Tille (1866–1912), Generalsekretär der Saarindustrie in Saarbrücken, in einer ausführlichen Studie prognostizierte und untersuchte, wurde daher keineswegs nur als eine Frage der Konkurrenz, sondern immer auch als eine kulturelle Herausforderung wahrgenommen.<sup>20</sup> Nicht zwei austauschbare Formen der Verrichtung und Tätigkeit schienen hier auf einander zu stoßen, sondern zwei inkompatible und kulturell aufgeladene Auffassungen von der Arbeit. Der „deutschen Arbeit“ wurde die chinesische „Sklavenarbeit“ gegenübergestellt, mechanisch und frei von sittlicher Kraft. Ein Artikel in der „Neuen Gesellschaft“ im Jahre 1907 brachte diese Auffassung, der zufolge nicht nur Arbeitsplätze auf dem Spiel standen, sondern die Bedeutung und Würde der Arbeit selbst, auf den Punkt:

„Der Chinese als Arbeiter bringt einen Fluch auf sein Arbeitsgebiet. ... Wo der Chinese hinkommt, da kann der weiße Arbeiter nicht mehr mit gleichem Bewusstsein der Arbeitsehre wirken.“<sup>21</sup>

### Die ‚farblose Gefahr‘

Die Entscheidung gegen die Einführung chinesischer ‚Kulis‘ war Ausdruck der Furcht vor der ‚Gelben Gefahr‘. Sie gründete in der Vorstellung der gänzlichen Inkompatibilität der chinesischen Migranten, sowohl in kultureller als auch in ethnischer Hinsicht. Dahinter verbarg sich jedoch, und darin muss man wohl die eigentliche Präokkupation der wilhelminischen Chinesendebatte erkennen, die Sorge vor der Überwindung der Alterität, vor der Verwischung von Grenzen und klaren Markierungen. Während also die Trope der ‚Gelben Gefahr‘ mit einer Verabsolutierung der Fremdheit operierte, war dahinter die heimliche Angst vor der „farblosen Gefahr“ spürbar, von welcher der Schriftsteller und Herausgeber von Richard Wagners „Bayreuther Blättern“ Hans v.

---

1945, in: H. Kuo (Hrsg.), Von der Kolonialpolitik zur Kooperation. Studien zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen, München 1986, S. 401-443.

19 F. Hitze, Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft, Paderborn 1880, S. 364.

20 A. Tille, Der Wettbewerb weißer und gelber Arbeit in der industriellen Produktion, Berlin 1904. Vgl. zu Tille auch W. Schungel, Alexander Tille (1866–1912). Leben und Ideen eines Sozialdarwinisten, Husum 1980.

21 Schenk, Chinesische Arbeiter, S. 207.

Wolzogen 1905 sprach, die Angst vor der Rassenvermischung.<sup>22</sup> 1905 war auch das Jahr, in dem in Deutsch-Südwestafrika das erste koloniale Mischereiverbot des deutschen Reiches verfügt worden war. Die Beschwörung der „farbloßen Gefahr“, die mit der Anwerbung chinesischer Arbeiter einhergehe, war Teil eines übergreifenden Diskurses, der die Angst vor grenzüberschreitender Mobilität und das Verlangen nach ethnisch-identitärer Stabilität zum Ausdruck brachte.

Das Schreckgespenst der Vermischung der ‚gelben‘ mit der ‚weißen‘ Rasse fehlte selten, wenn die Gefahren und Schwierigkeiten der Anwerbung chinesischer Arbeiter in der Presse oder auch im Reichstag diskutiert wurden. Der Schriftsteller Stefan v. Kotze sah bereits „ein physisch und moralisch verkommendes Mischvolk“ in Europa entstehen, wenn die befürchtete Massenimmigration Wirklichkeit werden sollte. Der Chinese sei „uns fremd wie ein Marsbewohner, und ... wenn er sich mit uns mischt, ziehen wir als Rasse den Kürzeren.“ Diese Szenarien waren weit verbreitet, auch wenn sie nicht immer so stereotyp formuliert waren wie bei dem Nationalisten v. Kotze, der die Deutschen „das Evangelium der Rasse“ lehren wollte.<sup>23</sup> Die Angst vor der Rassenmischung vereinte die kulturellen (Promiskuität und Fruchtbarkeit) und demografischen Klischees (die „Millionenmassen“), in denen China in der Zeit des Hochimperialismus gezeichnet wurde. Die Diskussion war zudem von den Topoi der volkshygienischen und eugenischen Debatte der Zeit geprägt. Gefordert wurde eine „rassenpolitische Prophylaxe“ und ein „Reichsfremdengesetz“; das Gespenst, das umging, hieß wahlweise „Rassenverschlechterung“, „Rassenschmach“ oder „Völkerbrei“. „Die Verjauchung unseres Blutes“, so resümierte der „Reichsbote“ die möglichen Konsequenzen der preußischen Anwerbepläne 1906, „wäre unabwendbar.“<sup>24</sup>

Abgesehen von dieser Sorge um den kollektiven Volkskörper, der auch aus den Warnungen vor der „Kulieinfuhr“ sprach, gab es jedoch noch andere Körper, die vor den Chinesen geschützt werden sollten: die Körper der deutschen Frauen. Die Sorge, „daß sich blondhaarige und hellhäutige Mädchen diesen hergelaufenen Menschen an den Hals werfen“, beunruhigte die Mehrzahl der durchgängig männlichen Kommentatoren der Arbeitskräfte- und Einwanderungspolitik.<sup>25</sup> Wann immer von bevölkerungspolitischen Gefahren

22 H. v. Wolzogen, Die farblose Gefahr, in: ders., Aus deutscher Welt, Berlin 1905, S. 142-51. Wolzogen, der sich auf die rassistischen Werke Gobineaus oder Friedrich Langes bezog, wollte die rassische Reinheit des Deutschtums erhalten, die er in kultureller Hinsicht bereits verloren sah: er beklagte, dass „unsere äußere Zivilisation ... als richtiges Mischungsprodukt *farblos* geworden ist“ (S. 143).

23 S. v. Kotze, Die gelbe Gefahr, Berlin 1904, S. 42.

24 Der Reichsbote, 12. Dezember 1906, zitiert nach: BA, R 8034 II, Nr. 4049.

25 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 200. Sitzung, 7. 11. 1911, S. 7695.



die Rede war, wanderte der besorgte Blick zu den deutschen Fräulein und Frauen, die man als primäre Opfer chinesischer Promiskuität ansah. Die Kommentare waren in der Regel in einem paternalistischen Ton gehalten, der die Repräsentation der Fraueninteressen, im Sinne ihrer Stellvertretung, als Aufgabe der Männer betrachtete. Dabei wird deutlich, dass die Diskussionen über Arbeit und Arbeitskraft nicht nur ethnisch-rassistisch aufgeladen, sondern immer auch *gendered*, von geschlechterspezifischen Konnotationen begleitet waren.<sup>26</sup>

Die Befürchtungen wurden in der populären Presse in grellen Farben ausgemalt. Die Chinesen galten als in besonderem Maße ungezügelter Sexualität und Ausschweifungen hingegeben, und „bei ihren polygamischen Anschauungen“ müsse eine Ehe mit deutschen Frauen zu einem „Unglück für beide Seiten“ werden.<sup>27</sup> Wohl um die Wirkung der Abschreckung zu verstärken, wurden die möglichen Einzelheiten der sexuellen Annäherung regelmäßig en detail geschildert. Die Chinesen, „mit allen asiatischen Geschlechtstrieben und Perversitäten ausgestattet“,<sup>28</sup> müssten daher genau observiert und überwacht werden. Dies war eine populäre Forderung der nationalistischen Presse, aber sie entsprach durchaus auch der Haltung staatlicher Institutionen. Das zeigt sich etwa an der Einschätzung der Bremer Behörden, deren Ermittlungen zum Geschlechtsverkehr unter den hiesigen Frauenzimmern“ bot. Wie der Rapport führende Schutzmann ausführte, hatte es „diese Gesellschaft ... auf jüngere und enggebaute Frauenspersonen ... hauptsächlich abgesehen.“<sup>29</sup> Staatliche Kontrolle schien auch deshalb angezeigt, weil die Frauen selbst zum Widerstand angeblich kaum in der Lage waren. Immer wieder war von „der bekannten Vorliebe der deutschen Weiblichkeit für alles Ausländische, vor allem für das Exotische“ die Rede, welche die sorgend-wohlwollende Aufsicht staatlicher Behörden zu einer Notwendigkeit machten.<sup>30</sup> Die Rede war von der „Begerde nach den perversen Geschlechtsgeheimnissen des Gelben“, welche die „Frauenzimmer“ leitete.<sup>31</sup> Die Behörden waren daher bestrebt, eine prinzipielle Überwachung der chinesischen Arbeiter zu gewährleisten, die sich auch auf ihre Kontakte zu deutschen Frauen erstreckte.

26 Vgl. zum Zusammenhang von Rasse und Sexualität S. Gilman, *Rasse, Sexualität und Seuche. Stereotype aus der Innenwelt der westlichen Kultur*, Reinbek 1992.

27 Schenk, *Chinesische Arbeiter*, S. 209.

28 Kotze, *Die gelbe Gefahr*, S. 30.

29 Zitiert nach L. Amenda, *Vorstellungen und Nachforschungen. Chinesische Seelente, deutsche Frauen und bremische Behörden während des Ersten Weltkrieges*, in: P. Kukuk (Hrsg.), *Passagen nach Fernost. Menschen zwischen Bremen und Ostasien*, Bremen 2002/2003.

30 *Der Tag*, 23. 3. 1907, zitiert nach BA, R 8034 II, Nr. 4049.

31 Kotze, *Die gelbe Gefahr*, S. 27.

## Chinesen auf deutschen Schiffen

Die xenophobe Diskussion über die Gefahr der Rassenmischung war in erster Linie ein Produkt der populär-nationalistischen Presse und mit rassistischen und fremdenfeindlichen Stereotypen durchsetzt. In weiten Teilen handelte es sich um eine fiktive und präventive Diskussion, da die Pläne einer Anwerbung von Chinesen für die Landwirtschaft oder die Industrie, auch als Folge der heftigen Proteste in der Öffentlichkeit, nicht zu einer tatsächlichen chinesischen Immigration führten. Grundsätzlich bestimmte jedoch die Sorge um die ethnische Homogenität der deutschen Nation auch das behördliche Handeln. Die Furcht vor der „farblosen Gefahr“ kann daher als Grundkonsens der wilhelminischen Gesellschaft interpretiert werden.

Die Fälle, in denen städtische oder staatliche Institutionen mit Chinesen zu tun bekamen, waren nicht sehr häufig und konzentrierten sich vor allem auf die Hafenstädte Hamburg und Bremen. In Hamburg etwa lebten 1890 schon 43 Chinesen, 1910 waren es bereits 207. In der Hauptsache handelte es sich dabei um ehemalige Seeleute. Ihre wirkliche Zahl lag jedoch deutlich darüber, denn zu den sesshaften kamen die jeweils temporär im Hafen stationierten Seeleute. In den zwanziger Jahren sprach man daher in Hamburg bereits von einem „Chinesenviertel“.<sup>32</sup> Die chinesischen Seeleute wurden als Matrosen und vor allem als Heizer auf deutschen Schiffen angeheuert. Seit den 1890er Jahren waren zahlreiche Reedereien dazu übergegangen, die deutsche Schiffsbesatzung durch die deutlich billigeren chinesischen (und in geringerem Maße auch indischen und afrikanischen) Seeleute zu ersetzen. Insbesondere chinesische Arbeiter galten als besonders geeignet, die ungeheure Hitze im Maschinenraum zu ertragen. Die ohnehin unangenehme und äußerst anstrengende Arbeit beim Befeuern der Öfen wurde von den hohen Temperaturen im Heizraum von 40-50° C erheblich erschwert. Schon zur Jahrhundertwende waren unter den insgesamt 47.780 Seeleuten, die bei der Seeberufsgenossenschaft registriert waren, über 3000 Chinesen. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges nahm ihre Zahl weiter zu.<sup>33</sup>

Deutsche Reedereien betätigten sich jedoch nicht nur im Chinahandel, sondern vor allem auch im Chinesenhandel. Die großen Frachtdampfer der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd etwa liefen auf der Heimreise regelmäßig Xiamen (Amoy) an, um von dort ausreisewillige chine-

32 Vgl. Amenda, Vorstellungen.

33 Vgl. H. Rübner, Lebens-, Arbeits- und gewerkschaftliche Organisationsbedingungen chinesischer Seeleute in der deutschen Handelsflotte. Der maritime Aspekt der Ausländerbeschäftigung vom Kaiserreich bis in den NS-Staat, in: IWK 4 (1997), S. 1-41; S. Küttner, Farbige Seeleute im Kaiserreich. Asiaten und Afrikaner im Dienst der deutschen Handelsmarine, Erfurt 2000.

sische Arbeiter nach Singapur mitzunehmen. Doch nicht nur die großen Gesellschaften, sondern auch für kleinere Unternehmen war die chinesische und asiatische Schifffahrt lohnend. Im Jahre 1892 etwa waren 974 deutsche Schiffe im Handel zwischen China und dem Ausland tätig, während 1042 deutsche Schiffe im chinesischen Küstenhandel verkehrten. Ein besonders einträgliches Geschäft war dabei der ‚Kulihandel‘.

### ‚Kulis‘ für die Kolonien

Die Beschäftigung von chinesischen Seeleuten blieb in Deutschland ein marginales Phänomen. Dennoch berührte die Präsenz von Chinesen auf deutschen Schiffen bisweilen auch staatsrechtliche Fragen, etwa wenn die Frage erörtert wurde, ob im Falle von „Ausschreitungen an Bord deutscher Schiffe“ die dafür verantwortlich gemachten Chinesen „zur Aburteilung nach Deutschland geschickt“ werden müssten, oder ob sie den lokalen Behörden zu überstellen seien.<sup>34</sup> Zentrale Fragen von juristischer, aber auch identitätspolitischer Relevanz wurden allerdings aufgeworfen, als die ‚Kulitransporte‘ nicht mehr nur Singapur oder Batavia anliefen, sondern chinesische Arbeiter in das Gebiet des deutschen Reiches brachten. Seit den 1890er Jahren, und damit parallel zu den Bemühungen um eine Anwerbung von Chinesen für die preußische Landwirtschaft, wurde in einigen deutschen Kolonien damit begonnen, den Arbeitskräftebedarf durch Anwerbungen in China zu decken.<sup>35</sup>

Die ersten chinesischen Arbeiter wurden für die Kolonie in Deutsch-Ostafrika angeworben. Bis 1894 wurden insgesamt rund 1000 ‚Kulis‘ chinesischer und javanesischer Herkunft nach Deutsch-Ostafrika eingeschifft. Die Erfahrungen, welche die Arbeiter aus Ostasien in Ostafrika machten, waren allerdings wenig dazu angetan, die ursprünglichen Befürchtungen (die auf den schlechten Ruf der Kolonie als ‚Prügelkolonie‘ zurückgingen) zu zerstreuen. Für viele war das rauhe Klima an der Küste eine Herausforderung, die sie nur schlecht meisterten; häufige Krankheiten waren die Folge. Hinzu kam die willkürliche Handhabung von Prügelstrafen und Auspeitschungen, der sich die Arbeiter von Seiten der Plantagenbesitzer ausgesetzt sahen. Desertionen waren an der Tagesordnung. Als 1894 die ersten ‚Kulis‘ nach Singapur zu-

34 Gesandtschaft in Peking an den Reichskanzler, 1. 4. 1890, in: BA, R 1501, Nr. 103532, S. 62.

35 Auch in der deutschen Kolonie in China, Kiautschou, stellte sich das Problem des Arbeitskräftemangels und der Rekrutierung einheimischer Arbeiter. Die Beschäftigung chinesischer Arbeiter war hier jedoch nicht das Ergebnis von Migrationsprozessen und der Zirkulation von Arbeitskraft. Dennoch lässt sich auch hier beobachten, dass koloniale Interaktion mit einer Politik der Segregation einherging. Vgl. dazu K. Mühlhahn, *Herrschaft und Widerstand in der ‚Musterkolonie‘ Kiautschou. Interaktionen zwischen China und Deutschland, 1897–1914*, München 2000, S. 219–35.

rückkehrten und von der brutalen Behandlung in Deutsch-Ostafrika berichteten, gestattete England keine weiteren Anwerbungen.<sup>36</sup>

In der Folge wurden die pazifischen Kolonien in Samoa und Neuguinea zum wichtigsten Schauplatz der Auseinandersetzung um chinesische Arbeit. Nach der Jahrhundertwende war die Auffassung, dass das wirtschaftliche Überleben der pazifischen Kolonien ohne den Import von Arbeitern kaum zu sichern sei, weitgehend Konsens.<sup>37</sup> Nach 1900 wurde in beiden deutschen Kolonien im Pazifik auf Betreiben der Pflanzer und der Kolonialregierung mit der Anwerbung chinesischer Arbeiter begonnen. Insgesamt lebten 1914 in der Kolonie Neuguinea 1377 Chinesen (und knapp 200 Malayen) – während die gesamte weiße Bevölkerung nur 1137 Leute zählte. Auf Deutsch-Samoa war das Ungleichgewicht noch deutlicher: 600 Europäern (darunter 373 Deutschen) standen bei Ausbruch des Weltkrieges insgesamt 2184 Chinesen (und zusätzlich rund 1000 melanesische Arbeiter), die vornehmlich als Plantagenarbeiter eingesetzt wurden, gegenüber.<sup>38</sup>

Während in den ersten Jahren die Anwerbung von Arbeitern in China relativ problemlos vonstatten ging, nahmen die Schwierigkeiten in späteren Jahren immer mehr zu. Die chinesische Regierung widersetzte sich zunehmend dem Ansinnen, Auswanderung in die pazifischen Kolonien des Deutschen Reiches zu gestatten. Ähnlich wie auch Deutsch-Ostafrika erwarb sich vor allem Samoa bald den Ruf einer „Prügelkolonie“, wo die Kontraktarbeiter sich willkürlicher und häufig brutaler Behandlung ausgesetzt sahen. Die örtlichen deutschen Behörden reagierten auf diese Vorwürfe mit Unverständnis und Empörung. Der Verzicht auf die Prügelstrafe wurde als Zumutung empfunden, da sich schließlich „ohne eine gewisse Strenge ... Ordnung und Disziplin nicht aufrechterhalten lassen“.<sup>39</sup>

36 Vgl. J. Koponen, *Development for Exploitation. German colonial policies in Mainland Tanzania, 1884–1914*, Hamburg 1995, S. 336–38.

37 Vgl. die Auskunft des Reichskolonialamts an das Ministerium des Innern 1909, in: *GSa*, I. HA, 87 B, Nr. 219, S. 47.

38 Vgl. die Dokumentation des Reichskolonialamtes in: *BA*, R 1001, Nr. 6289. Vgl. allgemein zur Geschichte der Südseekolonien P. J. Hempenstall, *Pacific Islanders under German rule. A study in the meaning of colonial resistance*, Canberra 1978; P. Kennedy/J. Moses (Hrsg.), *Germany in the Pacific and Far East*, St. Lucia 1977; G. Hardach, *König Kopra. Die Marianen unter deutscher Herrschaft 1899–1914*, Stuttgart 1990; H. J. Hiery, *Das Deutsche Reich in der Südsee 1900–1921*, Göttingen 1995; H. Christmann/P. Hempenstall/D. Ballendorf, *Die Karolinen-Inseln in deutscher Zeit. Eine kolonialgeschichtliche Fallstudie*, Münster 1991; M. Köhler, *Akkulturation in der Südsee. Die Kolonialgeschichte der Karolinen-Inseln im pazifischen Ozean und der Wandel ihrer sozialen Organisation*, Frankfurt a. M. 1982.

39 Anlage 2: Antworten auf die Beschwerdepunkte, *Gesandtschaft Kanton* am 29. 6. 1909 an Reichskanzler Bülow, in: *BA*, R 9208, Nr. 1566, S. 31.

Trotz dieser Widerstände wurden die Bestimmungen nach und nach gelockert. Die entscheidende Hürde auf dem Weg zu einem Staatsvertrag war die Frage der rechtlichen Gleichstellung der chinesischen Arbeiter. Laut Verordnung des Gouvernements Samoa aus dem Jahre 1905 waren die chinesischen Kontraktarbeiter rechtlich den Eingeborenen gleichgestellt. Dies führte bei der Beurteilung immer wieder vorkommender Delikte – neben arbeitsrechtlichen Vergehen auch Diebstahl und Körperverletzung – regelmäßig zu Abweichungen von den Vorschriften des Strafgesetzbuches, insbesondere hinsichtlich des Strafmaßes. Aus der Perspektive der Verwaltung, aber auch der kolonialen Gerichte, erschien dies ganz selbstverständlich, denn das Strafgesetzbuch „ist in Deutschland mit Rücksicht auf den Stand der Zivilisation und der Entwicklung des Rechts- und Ehrgefühls seiner Bewohner geregelt und kann natürlich nicht maßgebend sein bei der Beurteilung von Straftaten von Eingeborenen, die, wie die Angeklagten, auf einer niedrigen Kulturstufe stehen und in anderen Anschauungen aufgewachsen sind.“<sup>40</sup>

Die Handhabung der Frage der Niederlassung und rechtlichen Gleichstellung in Deutschlands pazifischen ‚Schutzgebieten‘ waren Ausdruck der Vorstellung von rassischer Differenz, die sich nach der Jahrhundertwende in der Kolonialpolitik zunehmend durchsetzte; zugleich lassen sie sich auch als Reaktionen auf die Zunahme der Mobilität von Menschen im kolonialen Kontext verstehen. In Deutsch-Samoa wurde der Landerwerb und die dauerhafte Ansiedlung von Chinesen nicht gestattet, um in der Kolonie keine chinesisch-samoanische ‚Mischbevölkerung‘ entstehen zu lassen. Diese Politik fügte sich in eine generelle Abneigung gegenüber der „Rassenmischung“; insbesondere Gouverneur Wilhelm Solf war die Zunahme von Beziehungen zwischen Deutschen und Samoanerinnen ein ständiger Dorn im Auge. Diese Abneigung hatte jedoch nicht verhindert, dass die ‚Mischlingsbevölkerung‘ die Zahl der im Lande lebenden Europäer deutlich übertraf. Solf setzte sich vor allem nach seiner Rückkehr aus Samoa in seiner Eigenschaft als Staatssekretär intensiv für ein ‚Mischehenverbot‘ ein, das dann 1912 Wirklichkeit wurde.<sup>41</sup>

Zugleich bemühte sich die Kolonialverwaltung, auch die Intensivierung des Kontaktes zwischen Chinesen und Samoanern zu steuern. Begründet wur-

40 BA, R 9208, Nr. 1568, S. 81. Vgl. zur rechtlichen Entwicklung in Samoa P. Sack, Das deutsche Rechtswesen in Polynesien, in: H. J. Hiery, (Hrsg.), Die deutsche Südsee 1884–1914. Ein Handbuch, Paderborn 2001, S. 676–89.

41 Vgl. zur Debatte über das ‚Mischehenverbot‘ P. Grosse, Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850–1918, Frankfurt a. M. 2000, S. 145–92; L. Wildenthal, German Women for Empire, 1884–1945, Durham 2001. Vgl. zur Lage in Mikronesien G. Hardach, Defining Separate Spheres. German Rule and Colonial Law in Micronesia, in: H. J. Hiery, J. M. MacKenzie (Hrsg.), European Impact and Pacific Influence. British and German Colonial Policy in the Pacific Islands and the Indigenous Response, London 1997, S. 231–58.

de diese Politik der Segregation mit der Vorstellung, man trage für den Schutz der „Naturvölker“ (Solf) die politische Verantwortung. Dabei ging es nicht nur um Fragen der Sexualität und Reproduktion; die Abkoppelung beider Bevölkerungsgruppen reichte weiter. Einige Kommentatoren warnten ausdrücklich vor dem „schlechten Beispiel, das der Chinese dem Eingeborenen gibt, den wir zu erziehen uns mit der Besitzergreifung des Landes verpflichtet haben.“<sup>42</sup> Die Arbeitsverordnung sah daher eine strikte „Kontrolle über die Kulis, die von der übrigen Bevölkerung tunlichst abgesondert gehalten werden“, vor.<sup>43</sup> Die Politik der Separierung erstreckte sich auf beinahe alle Bereiche des sozialen Lebens. So wurden getrennte Hospitalbaracken eingerichtet, und die Gefängnisordnung sah vor, dass auch chinesische und samoanische Gefangene nicht in einem Raum untergebracht werden durften.<sup>44</sup> Angesichts der erdrückenden Zahlenverhältnisse in Samoa, wo eine Handvoll Europäer eine große einheimische (und chinesische) Bevölkerung kontrollieren wollte, gehörte eine Politik der Apartheid zum Arsenal einer Kolonialpolitik, die auf eine Strategie des *divide et impera* setzte. Die Kolonialverwaltung war sich jedenfalls sicher, dass dank dieser Maßnahmen „bisher nachteilige Wirkungen [der chinesischen Einwanderung] insbesondere auf die Eingeborenen vermieden worden sind“.<sup>45</sup>

## Schluss

Die Debatten über die Anwerbung chinesischer Arbeiter für die preußische Landwirtschaft und die Beschäftigung von Chinesen auf deutschen Schiffen sowie im kolonialen „Neu-Deutschland“ gehören zu den wenig bekannten Kapiteln der Geschichte des Kaiserreichs. Zahlenmäßig fallen sie kaum ins

---

42 Tappenbeck, Ernst, Die Chinesengefahr in den deutschen Kolonien, in: Deutsche Kolonialzeitung 17 (1894), S. 166-168, Zitat: S. 168.

43 Reichskolonialamt, Berlin 6. 2. 1908, an Minister des Innern, in: GStA, I. HA, 87 B, Nr. 219, S. 47.

44 Vgl. dazu Sack, Rechtswesen, S. 681.

45 Reichskolonialamt, Berlin 6. 2. 1908, an Minister des Innern, in: GStA, I. HA, 87 B, Nr. 219, S. 47. Zum Vergleich der Lage der Chinesen in Samoa und den anderen deutschen Südseebesitzungen vgl. auch H. J. Hiery, *Les Asiatiques dans les possessions allemandes du Pacifique 1884-1914*, in: P. d. Deckker (Hrsg.), *Le Peuplement du Pacifique et de la Nouvelle-Calédonie au XIX siècle (1788-1914)*, Paris 1994, S. 275-93. Vgl. allgemein zur Lage der Chinesen in Samoa: N. Y. W. Tom, *The Chinese in Western Samoa 1875-1985*, Apia 1986. Die Strategie des *divide et impera* war keineswegs eine deutsche Besonderheit; auch in anderen Kolonien wurde den Chinesen eine Rolle als Mittelsmänner zwischen Europäern und Einheimischen zugewiesen, die wiederum auf einer Politik der Segregation beruhte. Vgl. dazu D. Sachsenmaier, *Die Identitäten der Überseechinesen in Südostasien im 20. Jahrhundert*, in: H. Kaelble, M. Kirsch, A. Schmidt-Gernig (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2002, S. 211-35, bes. S. 214.

Gewicht. Alles in allem überstieg die Zahl der chinesischen Arbeiter auf deutschen Schiffen nicht die 4.000, und auch in den afrikanischen und pazifischen Kolonien zusammengenommen lag ihre Gesamtzahl nur wenig darüber. Der Plan schließlich, chinesische Bauern auf preußischen Feldern einzusetzen, blieb Wunschtraum und Fiktion. Aber die absoluten Zahlen allein ergeben noch kein umfassendes Bild. Schnsüchte und Ängste, Hoffnungen und identitäre Projektionen beziehen ihre Dynamik nicht ausschließlich aus der Entsprechung mit einer messbaren Realität. Ähnlich wie die Debatte über den Slogan „Kinder statt Inder“ ein Jahrhundert später müssen die Diskussionen über chinesische Arbeit um 1900 vielmehr als eine Reaktion auf die zunehmende Mobilität und Vernetzung, kurz Globalisierung der Zeit verstanden werden.

In zweierlei Hinsicht können diese Diskussionen dazu beitragen, unser Bild vom Wilhelminischen Kaiserreich zu ergänzen. Zum einen verknüpfen sie die deutsche Geschichte mit einem der wahrhaftig globalen Prozesse des späten 19. Jahrhunderts, der weltweiten Mobilität von über zwölf Millionen chinesischen Arbeitern. Die Anbindung an diese weltweiten Migrationsströme geschah dabei nicht nur durch die Anwerbung von Arbeitskräften, wie sie vor allem in den pazifischen Kolonien stattfand. Auch die aufgeregten Diskussionen in der deutschen Presseöffentlichkeit sowie die Debatten im Reichstag zeugen davon, dass das Thema der Arbeitskraft in Deutschland – auch wenn es zur Beschäftigung von Chinesen in Preußen schließlich nicht kam – in einem weiteren Kontext problematisiert wurde. Der Grad der Integration des Kaiserreichs in den Zusammenhang der Globalisierung um 1900 lässt sich nicht allein an den Import- und Exportzahlen bzw. der Zahl der Immigranten festmachen; genauso bedeutend war das Bewusstsein von der (Möglichkeit der) weltweiten Vernetzung, das aus den Diskussionen über die „Chineseneinfuhr“ spricht.

Darüber hinaus ist, zweitens, der Prozess der globalen Diffusion chinesischer Arbeiter aufschlussreich für eine Analyse des Zusammenhangs von Mobilität und Identität, von Interaktion und Abgrenzung. In vielen Gesellschaften gehörte die Präsenz einer chinesischen Diaspora zu den Katalysatoren, die zur Ausbildung und Ausprägung einer nationalen Identität entscheiden beitragen. Dies gilt in besonderem Maße für Australien, wo die Begründung einer eigenständigen und von Großbritannien unabhängigen Nationalität in direkter Abgrenzung von der kleinen chinesischen Minderheit formuliert und durchgesetzt wurde. Nationalität und Nationsbewusstsein waren in diesen Fällen keineswegs vorgängige Kategorien, die im Zuge der Migration zwangsläufig in Konflikt mit anderen Nationalismen geraten mussten. Vielmehr hat die massenhafte Mobilität von Menschen maßgeblich dazu beigetragen, Vorstellungen von nationaler Identität – in Herkunftsregionen und Zielländern – entstehen zu lassen bzw. zu profilieren. Auch die am Ende des

19. Jahrhunderts vielerorts zu beobachtende Verschiebung des Nationalismus in Richtung auf einen ethnischen Nationalismus muss in diesen Zusammenhang eingeordnet werden.

Da das deutsche Kaiserreich in das weltweite Netz chinesischer Arbeitsmigration nur an peripherer Stelle eingebunden war, waren die Auswirkungen auf die Entwicklung des deutschen Nationalismus auch weniger spürbar als in anderen Ländern. Es gab (von wenigen Seeleuten in Bremen und Hamburg abgesehen) im Kaiserreich keine chinesische Diaspora, die zum Ausbruch von Konflikten Anlass gegeben hätte. Dennoch wird man nicht behaupten können, dass die chinesische Migration im späten 19. Jahrhundert für das deutsche Nationalbewusstsein keine Rolle spielte. Die breite publizistische Resonanz auf die häufig noch unausgegrenzten Pläne der Anwerbung chinesischer Arbeiter zeigt, in welchem Maß die Vorstellung von der deutschen Nation – gerade in einer Zeit der „Weltpolitik“ – auch das Produkt von Ängsten und Sehnsüchten, Befürchtungen und Projektionen war. Im Kontext der verbreiteten Sorge vor einer „Geißel-Gefahr“, zu deren wichtigsten Propagandisten der Kaiser selbst zählte, waren auch die Diskussionen über die ‚Kulieinfuhr‘ nach Preußen keineswegs eine Marginalie und fügten sich in eine zunehmende Biologisierung des deutschen Nationalismus.

Die Entwicklung in den Kolonien zeigt, wie diese diskursive Ordnung der Dinge in der Praxis umgesetzt wurde. Man hat die Kolonien bisweilen als „Labors der Moderne“ bezeichnet und damit impliziert, dass bestimmte Formen der sozialen Organisation im kolonialen Kontext entwickelt und ‚getestet‘ worden seien, um sie dann auch in den europäischen Metropolen anzuwenden. Ob der Arbeitseinsatz von Chinesen in den Kolonien ein Modell für das deutsche Kaiserreich abgegeben hätte, muss angesichts des Ausgangs des Weltkrieges Spekulation bleiben. In Deutsch-Ostafrika und vor allem auf Neuguinea und Samoa jedenfalls brachte die transnationale Mobilität von Arbeitern keineswegs einen ‚Karneval der Kulturen‘ hervor, sondern rigide Maßnahmen kolonialer Apartheid. Dass das Modell der ethnisch-rassistischen Segregation auch im Deutschland und Europa der 1930er Jahre zur Realität wurde, erscheint als unheimlicher Fluchtpunkt einer Entwicklung, für welche die koloniale Erfahrung möglicherweise eine unverzichtbare Etappe bildete.